Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

zugleich

Oberlungwitzer Tageblatt

und

Gersdorfer Tageblatt

Bezugspreis monatlich M. 2.25, durch Boten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen M. 2.—, Wochenkarten 50 Pfg. Bei Postbezug vierteljährlich M. 6.75 ausschließlich Zustellungsgebühr. Einzelne Nummer 15 Pfg. Ausgabe werktäglich nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Sperre, Aussperrung der Anzeiger verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postscheckkonto Leipzig 49214. Geschäftsstelle: Hohenstein-Ernstthal, Bahnstr. 3.

Anzeigenpreis im Verbreitungsbezirk die 6gespaltene Korpuszeile 40 Pfg., sonst 50 Pfg., Reklamezeile 1,25 Mk.; bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachlaß. Auskunfterteilung und Vermittlung von schriftlichen Angeboten 30 Pfg. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Ersatzanspruch aus. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung. — Fernsprecher Nr. 151.

Tageblatt für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Rüsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Mittelbach, Grüna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf usw.

Nr. 19 — **Sonnabend, den 24. Januar 1920** — **47. Jahrgang**

Bezirksverband.
K.-L.-Nr.: 33. Fe.

Höchstpreise für Landbutter, Quark, Quarkkäse und Milch.

Zur Deckung der seit dem 1. Januar 1920 erhöhten Umsatzsteuer werden die in der Bekanntmachung des Bezirksverbandes vom 10 September 1919 — Nr 643 Fe. — (Nr. 210 der Glauchauer Zeitung vom 11 September 1919) festgesetzten Höchstpreise auf folgende Sätze erhöht:

I. Landbutter.

1. Der Herstellerpreis auf 5,50 Mark für ein Pfund.
2. Der von den Städten und Gemeinden festzusetzende Kleinverkaufspreis auf höchstens 6,20 Mark für ein Pfund.

Die Festsetzung dieser Sätze ergänzt die Abschnitte I und III der Bekanntmachung des Bezirksverbandes vom 14. Januar 1920 (Glauchauer Zeitung vom 16 Januar 1920), soweit sie sich auf Landbutter beziehen.

II. Speisequark.

1. Der Herstellerpreis (Abschn. III, Abs. 1 der Bekanntmachung vom 10. 9. 19) auf 1,02 Mark für ein Pfund
2. Der von den Städten und Gemeinden festzusetzende Kleinverkaufspreis auf höchstens 1,45 Mark für ein Pfund.

III. Quarkkäse.

1. Der Herstellerpreis (Abschn. IV, Abs. 1 der Bekanntmachung vom 10. 9. 19) auf 2,48 Mark für ein Pfund.
2. Der von den Städten und Gemeinden festzusetzende Kleinverkaufspreis auf höchstens 2,92 Mk. für ein Pfund versandfertigen Quarkkäse und höchstens 2,97 Mark für ein Pfund vollreifen Quarkkäse.

IV. Milch.

Die Erhöhung der Kleinhandelspreise für Voll-, Mager- und Buttermilch, deren Festsetzung nach §§ 2, 3, 5 der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 4. September 1919 (Nr. 204 der Sächsischen Staatszeitung vom 6. September 1919) zu erfolgen hat und durch die genannte Bekanntmachung des Bezirksverbandes den Städten und Gemeinden überlassen ist, erfolgt nach der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 15. Januar 1920 (Nr 12 der Sächsischen Staatszeitung vom 16. Januar 1920).

V.

Diese Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Glauchau, am 21. Januar 1920.

Freiherr von Welck, Amtshauptmann.

Wassersteuer für das 4. Vierteljahr 1919 ist zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung spätestens bis zum 31 Januar 1920 an die hiesige Stadthauptkasse, Rathaus Zimmer Nr. 1, zu bezahlen.

Hohenstein-Ernstthal, am 20. Januar 1920. **Der Stadtrat.**

Hohenlohe Kindernahrung, 1 Päckchen 65 Pfg. Graue Lebensmittelkarte C, Marke VIII bei Elster, Dresdner Str., rote Lebensmittelkarte C, Marke A und weiße Lebensmittelkarte A, Marke D 3 bei Lange, Bahnstr Die Mitglieder des Konsum-Vereins erhalten Kindernahrung gegen vorstehend erwähnte Kartenabschnitte im Konsumverein.

Anmeldung in der Neustädter Schule.

Die **Anmeldung** aller im Schulbezirke der Neustadt wohnenden und Ostern 1920 schulpflichtig werdenden Kinder hat **Dienstag, den 27. Januar,** nachmittags von 2—4 Uhr zu erfolgen, und zwar

2—3 Uhr: Knaben, 3—4 Uhr: Mädchen.

Vorzulegen ist für **alle** Kinder der Impfschein, für die auswärts geborenen außerdem **Geburtsurkunde** und **Taufbescheinigung.**

Hohenstein-Ernstthal, den 16. Januar 1920. **Schuldirektor Patzig,** Schulleiter.

Bekanntmachung.

Nachdem geringe Kohlenmengen eingegangen sind, wird die **Stromsperre für das gesamte Versorgungsgebiet des Elektricitätswerkes a. d. Lungwitz in Oberlungwitz ab 26. ds. Mts. wieder aufgehoben** Eine ständige Weiterbelieferung hängt von den künftigen Kohleneingängen ab. Die Sperre an Sonn- und Feiertagen von 8 Uhr bis 4 Uhr nachm. bleibt bis auf weiteres bestehen.

Der Vertrauensmann des Reichskommissars für das Elektricitätswerk a. d. Lungwitz.
Nahre.

Oberlungwitz.

Die **Auszahlung der Beschaffungsbeihilfe an die Angehörigen von Kriegsgefangenen, Vermißten und Internierten** erfolgt **Sonnabend, den 24. Januar 1920, vorm. von 9—10 Uhr.** Anspruch haben nur diejenigen, die Kriegsunterstützung beziehen und deren Angehörige am 3. September 1919 noch nicht zurückgekehrt bezw. entlassen waren. An die Kriegshinterbliebenen wird die vorgenannte Beihilfe in Kürze ausgezahlt.

Freibank II. Sonnabend, den 24. d. M., kommt von 10—11 Uhr vorm. **rohes Schweinefleisch,** Pfd. 2,50 Mk, zum Verkauf. Freibank-Fleischbezugskartennummern 81—102.

Oberlungwitz, am 23. Januar 1920. **Der Gemeindevorstand.**

Erzberger im Kreuzfeuer.

In der gestrigen Sitzung des Prozesses Erzberger—Helfferich teilte der Vorsitzende mit, daß verschiedene Zeugen, darunter August Thyssen, nicht kommen könnten. Der Gerichtshof beschließt, Thyssen kommissarisch an seinem Wohnsitz zu vernehmen.

Nach einer Erklärung des Rechtsbeistandes Erzbergers soll Thyssen darüber Auskunft geben, daß die geschäftlichen Beziehungen zwischen dem Thyssenschen Konzern und Erzberger erst seit Frühjahr 1918 datieren. Es folgt

Vernehmung Helfferichs zum Fall Thyssen.

Helfferich hebt hervor, daß Erzberger in seinen Eingeständnissen weiter gegangen sei als er selbst. Erzberger sei Anfang des Krieges als Annexionist weiter gegangen als alle. Helfferich fährt fort, Erzberger habe für Deutschland die der Normandie vorgelagerten englischen Inseln verlangt, welche Erzlager besitzen. Er mußte wissen, daß Thyssen in der Normandie große Erzlager habe.

Der Angeklagte überreicht sodann ein wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges ausgearbeitetes Annexionsprogramm Erzbergers zu den Akten. Von seinem Annexionismus sei Erzberger abgekommen, nachdem in Wien der Thronwechsel eingetreten war. In Uebereinstimmung mit der Familie Parma habe er nun sehr stark gegen den Annexionismus zu arbeiten begonnen.

Helfferich fährt zusammenfassend fort, Erzberger habe also trotz Juli-Resolution

für die Annexion von Briey gearbeitet.

Erst nachdem Thyssen sich von ihm getrennt hatte, wurde Erzberger auch in bezug auf Briey das, was ich in der „Kreuzzeitung" den schärfsten Gegner des Annexionismus genannt habe. Unmittelbar, nachdem ich das Reichsamt des Innern übernommen hatte, teilte mir Unterstaatssekretär Richter mit, Thyssen habe erneut einen Antrag auf Uebereignung der Brieygruben gestellt. Herr Erzberger bedränge ihn in diesen Sachen in sehr unangenehmer Weise. Ich bat ihn, er möchte Erzberger das nächste Mal zu mir schicken. Erzberger kam und wies darauf hin, daß Thyssen mit der Aufgabe seiner normannischen Erzgruben ernstlich rechnen müsse. Ich erklärte, daß ich mich zu einer Eigentumsübertragung nicht entschließen könne.

In gleicher Weise trat Erzberger bei mir für die Liquidation des in Deutsch-Lothringen gelegenen Grubenbesitzes der Gebrüder Wendel ein. Auch hier vertrat er die Thyssenschen Interessen bezüglich einer Eigentumsübertragung. Ich mußte auch hier Herrn Erzberger abschlägig Bescheid geben.

Im Frühjahr 1916 hatte ich ein Gesetz vorbereitet, das den Reichskanzler ermächtigen sollte, bei der Erteilung der Genehmigung zur Ausfuhr bestimmter Waren, darunter Eisen und Kohlen, Abgaben zu erheben, um auf diese Weise den Unterschied zwischen Inlands- und Auslandspreisen auszugleichen. Hierfür trat zunächst auch Herr Erzberger, Mitglied des Thyssenschen Aufsichtsrats, ein. Nachdem er aber aus dem Thyssenschen Konzern ausgetreten war, brachte er einen Antrag ein, nicht nur für die Zukunft solche Abgaben zu erheben, sondern auch nachträglich die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreisen, die er auf 644 Millionen berechnete, von der Industrie einzuziehen.

Erzbergers Verteidigung.

Hierauf wird Reichsfinanzminister Erzberger als Zeuge vernommen, der u. a. bekundet:

Thyssen gab mir im Laufe der Jahre im Interesse der Volkswirtschaft wichtiges Material mit der Bitte, für die Eisenindustrie einzutreten. Diese Beziehungen wurden im Laufe der Jahre immer freundschaftlicher. Irgendwelche pekuniären Beziehungen habe ich zu Thyssen nicht gehabt. Aehnliche Beziehungen hatte ich auch mit einer Reihe anderer Unternehmungen. Im Jahre 1915 schrieb mir Thyssen, er sei zu dem Entschluß gekommen, mich in den Aufsichtsrat seiner drei großen Unternehmungen zu nehmen, er bitte mich, den bekannten Familienstreit einer Verständigung entgegenzuführen und ferner, sein Testamentsvollstrecker zu sein. Thyssen kam dann nach Berlin und wiederholte seine Wünsche. Ich kam zu der Ueberzeugung daß keinerlei moralische oder sonstige Bedenken vorlagen. Ich kann hier unter Eid erklären, daß mir die Firma Thyssen nie eine einzige Zumutung gemacht hat, die nicht das allgemeine Interesse, sondern ihr eigenes geschäftliches Interesse betraf. Es sollte mir niemand nachsagen können, daß ich meine politische Stellung irgendwie zu materiellen Dingen benutze. Ich habe deshalb die Beteiligung an den Dividenden usw. abgelehnt. Thyssen bot nur einen

festen Jahresgehalt von 40 000 M.

an. Es ist dann nie wieder von der finanziellen Frage die Rede gewesen. (Erzberger nahm den Jahresgehalt also an. Schriftltg.) Was ich weiter zugunsten der Firma Thyssen getan habe, habe ich lediglich im Rahmen des allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesses getan, und ich kann es in jeder Beziehung verantworten.

Nun zur Uebereignung der Gruben im Briey-Gebiet. Es war zuerst August Thyssen, der nach Luxemburg ins Hauptquartier fuhr und dort offen erklärte, Deutschland müsse den Krieg verlieren, wenn wir kein Erz bekämen. Alle Länder hätten ihre Stahlproduktion gesteigert, die deutsche war gesunken und die Front schrie nach Material. Das war der Grund, weshalb ich für die Liquidation der Erzgruben im Briey-Gebiet und Ausnützung im deutschen Interesse eintrat. Man folgte mir nicht, sondern bezog aus Schweden Erze und die deutsche Industrie kam in Abhängigkeit. Es trat eine Verschuldung ein, und diese Suppe kann ich heute als Finanzminister auslöffeln. Außerdem hatte der Feind deutsche Firmen liquidieren lassen und als Gegenmaßregel wollte ich für Liquidation der französischen Erzgruben eintreten.

Auf eine Frage des Vorsitzenden über die ihm vorgeworfene Wandlung in seinen politischen Anschauungen erwiderte Erzberger, als Berichterstatter über den Militäretat habe er weiteste Kenntnis des Schlieffenschen Planes gehabt, der dahin ging, daß nur etwas zu machen sei, wenn man Frankreich in sechs Wochen niederkämpfen könnte. Nachdem er gesehen habe, daß diese Hoffnung im Westen sich nicht erfüllt habe, habe notgedrungen in seiner Ueberzeugung eine Wandlung eintreten müssen. Auf die Vorhaltung Dr. Alsbergs, daß er doch gewissermaßen der Vater der Friedensresolution gewesen sei und nach ihr mit einem Male der Anspruch gekommen sei, wir wollten Briey und Longwy haben, erklärte Erzberger: Ich habe auch zu anderen Annexionsplänen keine Stellung genommen. Der Erwerb von Briey und Longwy im Wege eines Ausgleichs lag im Rahmen der Friedensresolution.

Auf Befragen des Oberstaatsanwalts erklärte Erzberger, daß es sich lediglich um Inbetriebnahme und Ausbeutung, keinesfalls um eine Eigentumsübertragung an die Firma Thyssen gehandelt habe.

Helfferich betont ausdrücklich, daß diese Auffassung damals im Reichsamt des Innern nicht bekannt gewesen sei.

Der Vorsitzende erklärt, daß er zunächst den Eindruck gehabt habe, daß Thyssen nach Friedensschluß Eigentumsrechte auf die Gruben geltend machen wollte. Dagegen weist Staatsanwalt von Klausewitz darauf hin, daß in den Eingaben nirgends eine sofortige Uebertragung verlangt werde.

Helfferich erklärt nochmals, daß seine ganze Unterhaltung mit dem damaligen Erzberger sich nur darum gedreht habe, diesem den Gedanken auszureden, daß das Reich der Eigentumsübertragung an Thyssen zustimmen könnte.

Erzberger bestreitet dies, er könne jedenfalls unter seinem Eide bekunden, daß er nie Helfferich angegangen habe, wegen einer Eigentumsübergabe, sondern nur wegen einer Ueberweisung zur Ausbeutung unter staatlicher Kontrolle.

Auf weitere Fragen des Vorsitzenden, wann Erzberger aus dem Thyssen-Konzern ausgeschieden sei, erklärt der Zeuge: Ich bin Mitte 1917 nach der Friedensresolution aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Die Bezüge wurden bis zum 1. Januar bezahlt; im ganzen habe ich etwa 100 000 Mk. bezogen. Ich bin ausgeschieden, weil meine Ansichten, die in der Friedensresolution ausgedrückt waren, nicht mit denen des Thyssen-Konzerns übereinstimmten.

Helfferich erklärt, daß er an Steuern usw. alles herausgeholt habe, was herauszuholen war, und daß ihm dabei fast ständig der Abg. Erzberger in den Arm gefallen sei, allerdings erst, nachdem er aus der Schwerindustrie ausgeschie-

den sei. Ich frage Herrn Erzberger unter seinem Eide: Hätten Sie diese Vorwürfe bezüglich der Riesengewinne der Industrie auch erhoben, wenn Sie im Jahre 1918 noch dem Thyssen-Konzern angehört hätten?

Zeuge Erzberger: Es ist damals häufig im Hauptausschuß von Riesengewinnen der Industrie gesprochen worden.

Dr. Helfferich: Auch von Herrn Erzberger?

Zeuge Erzberger: Das weiß ich nicht mehr. (Lebhafte Aha-Rufe im Zuhörerraum.) Der Vorsitzende droht, er werde im Wiederholungsfalle den Zuhörerraum räumen lassen. Ein langes Hin und Her zwischen Dr. Alsberg und Erzberger beendigt der Vorsitzende mit den Worten: Der Grundgedanke dieser ganzen Erörterungen ist doch der: Solange Sie, Herr Minister, Mitglied der Schwerindustrie waren, haben Sie nicht an Ausfuhrzölle, welche die Industrie belasten, gedacht und erst, als Sie aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden waren, kamen Sie auf den Gedanken, solche Zölle einzuführen.

Erzberger bleibt die Antwort schuldig!

Dr. Alsberg: Gerade Sie mußten doch auf Grund Ihrer Kenntnis der internen Dinge der Schwerindustrie über die Millionengewinne Bescheid wissen und haben geschwiegen, und erst als Sie ausgeschieden waren, machten Sie von Ihrer Kenntnis Gebrauch. Ich möchte fast sagen, daß Sie der einzige Abgeordnete waren, der so gut mit der Schwerindustrie Bescheid wußte.

Erzberger: Das ist nicht richtig. Es gibt zahlreiche Abgeordnete, die gleichfalls in Aufsichtsräten sitzen. Ich erkläre unter meinem Eide, daß ich mich gegen Ausfuhrabgaben nie gesträubt habe.

Dr. Helfferich erklärt, alles zu bestreiten, was Erzberger über diesen Punkt gesagt habe und fragt den Minister:

Hätten Sie, wenn Sie 1918 noch Mitglied der Schwerindustrie gewesen wären, auch jene schweren Vorwürfe gegen die Regierung erhoben, daß sie die Ausfuhrzölle nicht eingeführt habe, um die Schwerindustrie zu begünstigen? Hierauf gibt Zeuge Erzberger keine Antwort.

Helfferich: Ich will es Ihnen ersparen, sich durch Ihre Antwort in Verlegenheit zu bringen. Ich überlasse es der freien Beweiswürdigung des Gerichts, sich darüber ein Urteil zu bilden.

Hierauf wird die Weiterverhandlung auf Sonnabend vertagt.

Die Kommunalisierung der Ueberlandbahn.

(*) **Gersdorf**, 23. Jan.

Im Gasthof „Grünes Tal" fand gestern nachmittag eine Versammlung der Vertreter der dem Bahnverband angeschlossenen Gemeinden statt, in der die seit längerer Zeit geplante Uebernahme der Straßenbahn Hohenstein-Ernstthal—Gersdorf—Oelsnitz einer durchgreifenden Besprechung unterzogen wurde. Erschienen waren die Herren Bürgermeister Dr. Patz-Hohenstein-Ernstthal, Gemeindevorstände Scheunemann-Gersdorf, Kurth-Lugau, Kammerrat Beck-Oelsnitz, Stadtrat Grießbach-Hohenstein-Ernstthal, eine Anzahl Vertreter des Stadtverordneten-Kollegiums zu Hohenstein-Ernstthal, des Gemeinderates von Gersdorf und Lugau, sowie zwei Direktoren der Straßenbahn-Gesellschaft aus Frankfurt a. M.

Herr Bürgermeister Dr. Patz-Hohenstein-Ernstthal eröffnete als Vorsitzender des Bahnverbandes die Versammlung. Der Wunsch nach einer mündlichen Verhandlung sei in erster Linie von der Gemeinde Gersdorf und von Frankfurt ausgegangen. Auf Grund der Akten teilte Redner über die Angelegenheit folgendes mit: Der Plan der Kommunalisierung der Bahn sei bereits vorhanden gewesen, als die Bahn überhaupt noch nicht bestand. Die Stadt Hohenstein-Ernstthal habe damals die Führerrolle in dieser Angelegenheit gehabt und man habe seinerzeit die Errichtung einer Gemeindebahn angestrebt. Die Verhandlungen seien aber ergebnislos geblieben. Für die Kommunalisierung sei unter den Interessenten wenig Geneigtheit vorhanden gewesen. Nur das Elektrizitätswerk und einige Kohlenwerke hätten sich für den Plan erwärmen können. Es bestand aber auch keine Möglichkeit zur Gründung einer Aktiengesellschaft oder einer G. m. b. H. Bezüglich der Errichtung einer Staatsbahn habe er persönlich seinerzeit mit dem Ministerium Verhandlungen geführt, die Errichtung sei aber als nicht möglich angesehen worden. Seither habe die Angelegenheit geruht. Die Frage der Verstaatlichung der Ueberlandbahn sei in § 17 der Verleihungsurkunde festgelegt, nach der der Staat die Bahn unter gewissen Bedingungen nach Ablauf von 20 Jahren seit der Errichtung, also am 17. Februar 1933, übernehmen kann. Der Verkaufspreis soll nach dem Sachwert ohne Rücksicht auf den Verkehrswert, aber unter Berücksichtigung des Abnutzungswertes festgelegt werden. Nach § 9 des Vertrages mit den Gemeinden ist letzteren das Recht eingeräumt, die Bahn zu übernehmen, wenn der Staat auf den Ankauf verzichtet. Gelegentlich von Verhandlungen des Bahnverbandes im April 1919 wurde eine Anfrage an den Staat gerichtet, ob er noch auf den Ankauf der Bahn reflektiere. Die Antwort lautete, daß in bezug auf den Bau von Kleinbahnen der Ankauf nicht in Betracht komme. Eine zweite an den Staat gerichtete Anfrage lautete, ob der Staat auf das Erwerbsrecht verzichte. Die Antwort verneinte die Frage, weil die Verhältnisse noch nicht zu übersehen seien. Nach der Lage sei ein Erwerb der Bahn also erst nach dem 17. Februar 1933 möglich. Die Gesellschaft in Frankfurt antwortete auf eine diesbezügliche Frage, daß nach dem Vertrag ein Recht auf den Erwerb nicht bestehe, die Gesellschaft aber grundsätzlich nicht abgeneigt sei, den Gesellschaftsvertrag zu ändern und dem Verkauf näher zu treten. Ein Vorschlag sah vor, eine Kommission zu bilden, die den Wert feststellen sollte. Daraufhin wurde von seiten des Herrn Gemeindevorstand Scheunemann ein Kaufpreis von 1700000 Mk. genannt, den der Antragsteller ins einzelne zergliedert hatte. Die Gesellschaft lehnte diesen Vorschlag als nicht weitgehend genug ab. Es müsse eine angemessene Entschädigung für das Risiko bewilligt werden; sie regte zunächst eine mündliche Verhandlung an. Das sei in großen Zügen die Vorgeschichte der Angelegenheit, auf Grund der Akten dargelegt. Redner stellte nochmals fest, daß nach § 17 der Verleihungsurkunde und nach § 9 des mit den Gemeinden abgeschlossenen Vertrages ein gesetzlicher Anspruch auf den Ankauf nicht besteht.

Herr Gemeindevorstand Scheunemann-Gersdorf gibt zu, daß die treibende Kraft der Vergemeindlichung der Straßenbahn die Gemeinde Gersdorf sei und es sei auch richtig, daß sie den ersten Anstoß zur Verhandlung gegeben habe. Das Unternehmen wünscht er deshalb in Gemeindeverwaltung zu übernehmen, weil er überzeugt sei, daß die Bahn sich hierzu vorzüglich eignet. Die Gemeinde Gersdorf sei der Gesellschaft für die Erbauung der Bahn gewiß dankbar. Der Dank dürfe aber gewissermaßen nicht verewigt werden. Man könne auch nicht sagen, daß die Gesellschaft sehr viel Dividende herausgeholt habe. Man müsse aber auch den gegenwärtigen Verhältnissen und der Stimmung im Volke Rechnung tragen. Es gebe kein geeigneteres Objekt zur Kommunalisierung als die Ueberlandbahn. Er habe sich mit der Verkehrsstatistik befaßt und ein andauerndes Steigen des Verkehrs festgestellt. Trotz der Kriegswirren sei der Verkehr von Jahr zu Jahr gestiegen. Ein solches Unternehmen muß in Gemeindehand zu übernehmen versucht werden. Es werde der Vorwurf gemacht, daß sich ein Grund gar nicht böte, die Bahn in Gemeindeverwaltung zu übernehmen. Wenn die Bahn aber kommunalisiert sei, dann könne eine Tariferhöhung leichter vertreten werden; denn der Grundsatz müsse gewahrt werden, daß das Unternehmen sich selbst trägt. Er habe das Angebot gemacht nach dem Grundsatz: Leben und leben lassen. Er verstände deshalb nicht, wenn die Gesellschaft sagt, das Angebot sei unannehmbar. Er bitte die Frankfurter Vertreter, sich einmal selbst zu äußern. Das Angebot sei nicht unannehmbar. Man dürfe in der Berechnung nicht den heutigen Sachwert in Anrechnung bringen, weil doch die Bahn heute nicht gebaut worden sei.

Herr Direktor Neufeld-Frankfurt will auf die Verkehrs- und Entwickelungsmöglichkeit der Bahn nicht eingehen; er freue sich aber, daß vom Vorredner eine gute Zukunft prophezeit wurde. Man müsse aber nicht nur den jetzigen Wert, sondern auch den Zukunftswert bezahlen. Wenn es vorzeitig weggenommen werde, dann müsse es entsprechend bezahlt werden. Die Gemeinden hätten seinerzeit das Risiko für die Bahn nicht übernehmen wollen, weder die Industrie noch die Kreise, die die Verhältnisse viel besser übersehen konnten als die Gesellschaft, der die Gegend fremd war. Es seien damals von verschiedenen Seiten Bedenken über die Existenzmöglichkeit der Bahn geäußert worden. Anfangs seien die Verhältnisse auch schwierig gewesen und im Kriege sei die Verzinsung bis auf 2 Prozent herabgesunken. Nachdem nun die Bahn sich wieder etwas erholt habe, kämen die Gemeinden und sagten: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!" Die Verhältnisse lägen doch so, daß keine rechtliche Grundlage für den Ankauf bestehe. Der Staat habe das Ankaufsrecht auf 20 Jahre festgesetzt und heute nach 6 Jahren kommen bereits die Gemeinden und wollen die Bahn übernehmen. Auf der Grundlage des Gersdorfer Vorschlages könne nicht weiter verhandelt werden, weil der Vorschlag gar nichts böte. Die Rechnung des Herrn Gemeindevorstandes Scheunemann sei gut ausgearbeitet und zeige sich eines tüchtigen Finanzmannes würdig. Sie scheine auf den ersten Blick auch annehmbar, bei näherem Zusehen enthalte sie jedoch nichts. In dem Vorschlag sei kein Gewinn enthalten, sondern nur der Verlust werde gegeben. Man könne nicht von einem Angebot nach dem Grundsatz „Leben und leben lassen" sprechen. Wenn eine Gesellschaft heute mit großem Risiko eine Bahn baue und diese dann, wenn sie sich endlich rentiere, niedrig abgeben solle, könne man ein solches Verfahren nicht richtig heißen. Man könne auch nicht fragen, was hat die Bahn gekostet, sondern was ist sie wert. Im geschäftlichen Leben sei es ein ungerechter Grundsatz, das zu geben, was der Artikel gekostet hat.

Herr Gemeindevorstand Kurth-Lugau erklärt namens der Gemeindevertretung Lugau, daß sich die Gemeinde an einer Kommunalisierung der Bahn nur beteilige und an der Sache nur ein Interesse habe, wenn der Rechtsnachfolger eine Weiterführung der Bahn nach dem Staatsbahnhof Lugau verspreche. Er könne es für seine Gemeinde nicht vertreten, wenn auf Lugau etwa eine halbe Million Anlagekapital entfalle und die Gemeinde habe weiter nichts davon, als daß sie Mitbesitzerin der Bahn sei.

Herr Direktor Holzapfel-Frankfurt erklärt hierzu, daß das Projekt der Weiterführung der Bahn nach dem Staatsbahnhof Lugau bereits vor dem Kriege fertiggestellt gewesen sei, durch die Verhältnisse aber nicht zur Ausführung gebracht werden konnte. Auch heute sei die Ausführung des Projektes unmöglich, ganz gleich, in welche Hände die Bahn komme. Während der Plan ursprünglich mit 200 000 Mk. veranschlagt gewesen sei, koste die Ausführung heute vielleicht 2 Millionen Mark. Unter diesen Umständen sei an eine Abgrenzung der Bahn heute nicht zu denken.

Herr Bürgermeister Dr. Patz-Hohenstein-Ernstthal bemerkt, daß z. B. der Bau einer Schleuse im Preise um das siebenfache gestiegen sei gegen früher, die Schätzung des Projektes auf 2 Millionen Mark also etwa zutreffen könnte.

Herr Direktor Holzapfel-Frankfurt betont, daß z. B. der Preis für die Tonne Eisen um das 20fache, ein Anhängewagen um das 13fache im Preise gestiegen sei.

Herr Gemeindevorstand Kurth-Lugau erklärt, daß durch die Schätzung des Projektes auf 2 Millionen Mark eine neue Sachlage geschaffen sei, über die der Gemeinderat eine anderweitige Stellungnahme als die bisherige herbeiführen müsse.

Herr Gemeinderatsmitglied Köhl-Gersdorf schließt sich dem Standpunkt des Gersdorfer Gemeindevorstandes an. Es sei gebräuchlich, daß ein Verkäufer natürlich so viel als möglich aus dem Objekt herauszuschlagen versuche. Er bekämpfe jeden Wucher und würde auch streng dagegen sein, wenn mit dem Verkauf der Straßenbahn ein Wucher getrieben werde. Es sei auch nicht der Fall, daß Gersdorf bei der Erbauung der Bahn keine Opfer gebracht habe und heute nur den Gewinn hereinzubringen versuche. Manches Grundstück habe zu dem Bahnbau hergegeben werden müssen. Man müsse auch mit der Zukunft rechnen. Wenn die Gemeinden die Bahn etwa erst übernehmen sollten, wenn sie abgenutzt sei, dann würde die Gemeinde Gersdorf dafür danken.

Herr Stadtrat Grießbach-Hohenstein-Ernstthal gibt zu, daß die Bahn den Gemeinden weiter nichts bringt als eine annehmbare Verzinsung. Die bisherigen Erfahrungen zeigten, daß die Bahnen erst dann den Gemeinden überlassen werden, wenn sie einen Gewinn nicht mehr abwerfen. Es sei möglich, daß auch die Frankfurter Gesellschaft den Versuch machen wolle, erste hohe Dividende zu zahlen, um die Bahn dann zu verkaufen. Die Gemeinden hätten dann weiter nichts als einen Haufen altes Eisen. Er könne aber dem Verkauf als Vertreter der Gemeinde trotzdem nicht zustimmen. Es sei richtig, wenn Herr Gemeindevorstand Scheunemann der Steigerung des Verkehrs Rechnung trage, aber es sei zu prüfen, ob es im Interesse der Gemeinden liege. Es sei klar, daß man um eine Tariferhöhung nicht umhin könne und es sei ebenso klar, daß die Gemeinden durch Verweigerung der Tariferhöhung einen Druck auf die Gesellschaft ausüben wollen. Er halte es für bedenklich, die Uebernahme der Bahn zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu treffen, wo fast das ganze Volk an einer Kriegskrankheit leide und unverantwortliche Elemente das Wirtschaftsleben in Grund und Boden zu treten versuchten. Man müsse deshalb überlegen, ob man ein derartiges Objekt in der heutigen Zeit übernehmen solle. Vom Standpunkt der Gesellschaft aus sei es verständlich, wenn man behauptet, daß Geistesarbeit und Risiko nicht berücksichtigt worden seien. Redner verweist dabei auf frühere Verhältnisse in Hohenstein-Ernstthal, wo man in der Uebernahme von Risikos recht kleinmütig gewesen sei. Bei Erbauung der Bahn sei die Zurückhaltung von heimischen Finanzleuten aber insofern zu erklären gewesen, weil Oberlungwitz sich ebenfalls mit der Absicht der Erbauung einer Bahn trug und dadurch eine gewisse Unsicherheit entstanden sei. Nicht richtig

Die Hollmanns.

Von E. Krickeberg.

21. Fortsetzung. **(Nachdruck verboten.)**

Eine einzige Spritze war erst anwesend, die Hollmannsche. Die langen Arme, die sich so zwecklos grotesk in die Luft gestreckt hatten, wurden jetzt taktmäßig auf- und abbewegt, und aus dem Mundloch des Schlauches fuhr ruckweis ein Wasserstrahl in die hochaufzischende Glut.

„Siehst du — siehst du deinen Bruder, Lena?" fragte die etwas kurzsichtige Eva mit stockendem Atem. Die beiden Mädchen hielten sich eng umschlungen und beobachteten mit einem Gemisch von Grauen und atemloser Bewunderung das schaurig-schöne Bild da unten.

„Sein Gesicht erkenne ich nicht, aber der Gestalt und den Bewegungen nach ist der dort, in der Joppe, vorn an der Spritze . . . ja, das ist Walter."

„Der dort . . .? Mein Gott! Er steht so dicht am Feuer, daß man meint, seine Kleider müßten sengen."

„Der Wind treibt die Glut ja nach der entgegengesetzten Seite."

Bis jetzt hatte Eva nicht an ihren Krimstecher gedacht, man konnte das Bild ja so deutlich übersehen, jetzt aber lief sie, ihn zu holen. Ihre Hände zitterten, daß sie ihn kaum zu richten vermochte.

„Ja . . . ja . . . er ist's. Jetzt — Barmherziger — ist er wahnsinnig! — Lena — Lena, hast du es gesehen? — Er ist ins Haus gesprungen . . . in das brennende Haus, das jeden Augenblick zusammenstürzen kann."

Lena hatte es gesehen. Sie stand in starrem Entsetzen, unfähig, ein Wort hervorzubringen, und rang verzweifelt die Hände ineinander.

„Herrgott, steh ihm bei!" jammerte Eva. Die sonst so bewußt die Freigeistige Hervorkehrende klammerte sich jetzt voll Seelenangst an den alten Gott ihrer Kindheit.

Sie hatte den Fenstergriff erfaßt und hielt sich daran aufrecht. Die Knie wankten unter ihr. Vor ihren Augen drehten sich rote Flammenkreise in sinnverwirrendem Wirbel. Der Krimstecher fiel ihr klirrend aus der Hand. Lena raffte ihn auf, hielt ihn mit fieberisch zitternden Händen und schaute hindurch, voll Angst und Grausen.

Keiner von ihnen beiden sprach ein Wort. Ihre schweren Atemzüge schienen den Raum zu füllen, eine fühlte an der anderen die wilden Schläge ihres Herzens.

Einige Minuten vergingen, sie dehnten sich ihnen zu Ewigkeiten. Und in diesen Augenblicken wahnsinniger, seelenmarternder Angst, in denen Eva zum ersten Male in ihrem Dasein um das Leben eines anderen Menschen verzweifelnd bangte, trug sie den letzten Rest ihres alten Selbst zu Grabe. Alles, was an geistigem und persönlichem Hochmut, an arroganter Selbstüberhebung und launischem Egoismus noch an ihr gehaftet hatte, fiel ab von ihr. Sie erkannte sich in all ihrer Nichtigkeit und Erbärmlichkeit als ohnmächtiges, kleines Erdenwürmchen dem unerbittlichen Geschick gegenüber. Da konnten ihr weder ihr Künstlerstolz noch ihre Philosophie helfen — sie war so klein vor sich selber geworden, daß sie demütig in die Knie hätte sinken und das Haupt senken mögen, wie der Schächer am Kreuz.

Und noch etwas anderes kam ihr mit Schrecken und Entsetzen zum Bewußtsein: Walter Hollmann, der, wie sie meinte, am allerwenigsten von allen Menschen nach ihr fragte, war zu ihrem Schicksal geworden. Wenn er da unten in den Flammen blieb, so starb der beste Teil von ihr mit ihm, und wenn er dem Verderben glücklich entrinnen sollte, so würde eine Hoffnung und Sehnsucht in ihr mit ihm auferstehen, vor der ihr graute.

Lena hielt noch immer das Glas vor den Augen. „Da . . .!" schrie sie plötzlich auf. In demselben Augenblick sprühte unten das Feuer hellauf, eine seltsame, wilde Bewegung kam in die Glut, ein Bersten und Krachen tönte bis herauf. — Das Dach des Hauses ging hernieder, und eine einzige wogende Lohe schlug zum Himmel empor. Eine Weile war alles in Flammen und Dunst gehüllt — dann klärte sich das Chaos, man gewann wieder einen Ueberblick über die Brandstelle. Die Situation hatte sich verändert. Neben dem Hause, das jetzt als ein elendes, brennendes Wrack mit dachlosen Wänden emporragte, lag ein glühender Trümmerhaufen, und von der hochaufsprühenden Glut hatten die Nebengebäude Feuer gefangen. Auch auf ihren Dächern krochen jetzt feurige Schlangen, und gelbgraue Rauchschwaden stiegen empor. Der Brandherd dehnte sich immer weiter aus.

Eva lag auf den Knien und hatte schluchzend das Gesicht in den Händen verborgen. Lena hielt sie umschlungen und versuchte, sie aufzurichten.

„Beruhige dich doch, Eva — was nützt uns all' unser Jammern, wir können das Unglück doch nicht von den armen Menschen abwenden."

„Ist er tot?" fragte Eva verzweifelt.

„Wer?" Lena blickte sie ratlos erschreckt an. Dann fragte sie mit versetzter Stimme, zag und leise: „Meinst du Walter?"

Eva nickte heftig, sprechen konnte sie nicht.

„Nein, Eva — nein, Gott im Himmel sei Dank! — In dem Augenblick, als ich aufschrie, kam er aus dem Hause gestürzt, einen Hund auf den Arm — den Karo — gerade im letzten Augenblick, bevor das Dach zusammenstürzte."

Ein schluchzendes Aufatmen drang aus Evas Brust herauf. Sie hörte auf zu weinen, beruhigte sich allmählich, aber sie blieb in ihrer hockenden Stellung am Boden und lehnte ihren Kopf matt an einen Stuhl.

„Ich kann den Anblick nicht länger ertragen," brachte sie schaudernd hervor.

Lena setzte sich, bettete Evas Kopf in ihren Schoß und strich ihr mit sachten Fingern beruhigend die heiße Stirn. Eine Weile sprachen sie beide kein Wort. Plötzlich aber richtete sich Eva auf und fragte, wie erwachend und das wirre Haar aus der Stirn streichend:

„Du sprachst von einem Hunde . . . um einen Hund hat sich dein Bruder in das brennende Haus gewagt? Ist denn ein Menschenleben nicht kostbarer als das eines Hundes? — Hat er nicht an seine Mutter und Geschwister gedacht?"

„Ich weiß nicht, ob man in solchen Augenblicken, wo uns Herz und Gewissen zu einem plötzlichen entschlossenen Handeln zwingen, überhaupt imstande ist, zu denken und abzuwägen. Und mit dem Karo — das ist eine besondere Sache, der verdient es mehr als mancher Mensch, von einem qualvollen Tode errettet zu werden. Als vor zehn Jahren die große Ueberschwemmung über unsere Gegend hereinbrach, hat der Hund beim Rettungswerk geholfen, wie ein mit menschlicher Vernunft begabtes Wesen. Drei Kinder hat er vom Tode des Ertrinkens gerettet, und nicht eher ist er vom Platze gewichen, bis er selber erschöpft zusammenbrach. Das ganze Dorf kennt und schätzt den Karo. Jetzt ist er nun alt, blind und stumpf. Man hatte ihn wahrscheinlich in der Angst und Not vergessen, und er wäre sicher nicht imstande gewesen, sich allein aus den Flammen zu retten. — Sollte man den Karo zum Dank für seine Heldentaten verbrennen lassen? Man müßte sich ja zeitlebens vor sich selber schämen."

(Fortsetzung folgt.)

sei auch, wenn der Preis nach dem derzeitigen Wert berechnet werde.

Herr Gemeindevorstand Kammerrat Beck-Oelsnitz bemerkt, daß der Gemeinderat zu Oelsnitz dem Vorschlag der Kommunalisierung der Bahn gern zugestimmt habe unter der Voraussetzung, daß etwas zweckentsprechenderes erreicht werde. Sein persönliches Empfinden halte aber den gegenwärtigen Zeitpunkt für noch zu ungünstig. Es sei jedenfalls sehr gewagt, einen bestimmten Entschluß zu fassen. Er halte die Ansicht der Gesellschaft, das Angebot sei noch zu niedrig, für nicht stichhaltig. Es ließe sich aber doch noch über den Kaufpreis reden. Im übrigen stehe der Oelsnitzer Gemeinderat dem Plan sympathisch gegenüber.

Herr Gemeindeältester Hübner-Gersdorf freut sich, daß die Angelegenheit endlich ins Rollen gekommen ist, und daß Lugau und Oelsnitz dem Plan sympathisch gegenüberstehen. Der Dank an die Gesellschaft für die Errichtung der Bahn sei nur bedingt, weil doch die Gemeinden seinerzeit eine Garantiesumme übernehmen mußten.

Herr Gemeindevorstand Scheunemann-Gersdorf kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Zukunftsmöglichkeiten bezahlt werden. Zu berücksichtigen wären nur die Verhältnisse in der Vergangenheit, während auf die Zukunft nur geschlossen werden könne. Die Regierung würde wohl auch darüber wachen, daß das Unternehmen sich nicht zu einem Wucherunternehmen entwickle und keine unangemessene Anschwellung der Dividenden stattfände. Die Zweifel an der Rentabilität der Bahn bei der Erbauung sei ein natürlicher Vorgang gewesen, man könne es doch heute wieder erleben, daß nur zögernd an die Kommunalisierung herangetreten werde. Bezüglich des Kaufpreises habe er eine 5prozentige Verzinsung als allgemein üblich angesehen, das eine (sechste) Prozent sei als Entschädigung für das Risiko gegeben. Es wird behauptet, man dürfe nicht fragen, was es gekostet hat. Aber was heiße das? Die Verleihungsurkunde besage, daß der Sachwert in Frage komme. Der Sachwert ist der Bauwert nach Abschreibung der Abnutzung. Mit dem Verkehrswert zu rechnen, sei nicht annehmbar. Die Regierung würde dafür sorgen, daß der Verkehrswert nicht enorm steige und die Bahn auf dem Erdboden bleibe. Wenn der Verkehrswert mit 6 Prozent bezeichnet werde, so sei dies das richtige Maß. Eins stehe fest, daß der heutige Verkehrswert mit 6 Prozent kapitalisiert werden könne. Es sei ihm angenehm zu hören, daß Lugau die ursprüngliche Bedingung wieder zurückgezogen habe; es sei eher möglich, daß die Abzweigung nach dem Bahnhof Lugau vorgenommen werde, wenn die Bahn in Gemeindeverwaltung übergegangen sei. Für den Ankauf müsse das rein gemeindliche Interesse maßgebend sein. Er bitte die Gemeindevertreter, dem Ankauf einstimmig zuzustimmen, die Frankfurter Herren aber bitte er, frank und frei zu erklären, was verlangt werde.

Herr Gemeindevorstand Kurth erklärt, von der Bedingung der Abzweigung der Bahn nicht abweichen zu können, wenn auch der gesunde Menschenverstand verbiete, an eine baldige Ausführung des 2-Millionen-Projektes zu denken. Er schlage zu dem Ankauf selbst vor, nach der Verleihungsurkunde den Betrag auszurechnen, den der Staat nach Ablauf der 20 Jahre zahlen würde, und dann auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln.

Herr Gemeindevertreter Jakob-Gersdorf erklärt es gleichfalls für nicht richtig, daß sich bei Erbauung der Bahn niemand für Uebernahme des Risikos gefunden hätte. Die Zögerung habe mit dem Plan einer gleichzeitigen Errichtung einer Bahn durch Oberlungwitz in Zusammenhang gestanden. Es sei allerdings richtig, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für die Uebernahme der Bahn ungeeignet sei. Triebfeder des Ankaufs sei die fortwährende Steigerung des Tarifs. Wenn die Bahn erst nach 20 Jahren übernommen werden solle, dann könne die Gemeinde darauf verzichten. Bezüglich der Entwickelungsmöglichkeiten hege er keine Bedenken. Der Bergbau befinde sich in vier bis fünf Jahrzehnten noch in derselben Abbaufähigkeit wie heute. Er wäre gern einverstanden, wenn ein Abschluß zustande käme.

Herr Bürgermeister Dr. Patz-Hohenstein-Ernstthal erklärt, daß der Standpunkt der Stadtverwaltung noch nicht festgelegt sei. Seine persönliche Ansicht gipfele zunächst in der Frage, zu welchem Kaufpreis das Unternehmen übernommen werden könne, um es für die Gemeinden rentabel zu gestalten. Der Standpunkt des Herrn Gemeindevorstand Scheunemann in der Kostenfrage müsse ihn bedenklich stimmen. Wenn die ungünstigere Uebernahme von Bahnen in Städten zum Vergleich herangezogen würde, dann seien diese Verkäufe unter anderen Gesichtspunkten zu betrachten wie das vorliegende Projekt. Nach den gegenwärtigen Strömungen müsse auch damit gerechnet werden, daß die Angestellten der Bahn bei einer Uebernahme durch die Gemeinden das Recht als Gemeindebeamte in Anspruch nehmen. Persönlich sei er nicht gegen die Uebernahme. Man müsse aber dann den Angestellten Rechte einräumen, die bei einer Privatgesellschaft nicht zu erreichen wären. Es müsse dabei erwogen werden, daß die Belastung dadurch eine stärkere wird; denn es sei eine bekannte Tatsache, daß die Bedürfnisse sofort steigen, wenn ein Unternehmen in Gemeinderegie übernommen wird. Mit anderen Straßenbahnen sei die hiesige schwer zu vergleichen. In Sachsen gebe es keine gleiche mit Ausnahme der Lockwitz-Talbahn, die sich in Gemeindehänden befinde. Ihm sei aber aus authentischer Quelle bekannt, daß diese Bahn keinen Gewinn abwerfe, vielmehr mit Verlust arbeite. In bezug auf Hohenstein-Ernstthal müsse man fragen, wie steht es in der Gegenwart und in der Zukunft. Gegenwärtig sei das Verhältnis zufriedenstellend. Eine Erhöhung des Tarifs sei heute unabwendbar, das Publikum würde sich ebenso dagegen sträuben, ganz gleich, ob die Bahn sich in Gemeindehand befinde oder nicht. Rechtlich stehe einem Ankauf nichts zur Seite, man sei also ganz auf Verhandlungen angewiesen. Wenn auf Grund des § 17 der Verleihungsurkunde ein Betrag von 2—3 Millionen herausgerechnet wurde, dann müsse ihn ein Ankauf bedenklich stimmen. Gegenwärtig trage Hohenstein-Ernstthal kein Risiko. Er bedauere, daß früher nicht großzügiger gehandelt worden sei, aber großzugig sein heiße riskieren und dazu müßten Mittel vorhanden sein. Redner weist dabei auf die schwere finanzielle Lage der Gemeinden hin.

Herr Stadtrat Grießbach-Hohenstein-Ernstthal hält es für angebracht, einen paritätisch (für und gegen) zusammengesetzten Ausschuß zu bilden, der die weiteren Fragen erörtern soll. Die Gesellschaft warnt Redner davor, bei Ablehnung des Tarifs etwa zum Abbruch der Bahn zu schreiten.

Herr Bürgermeister Dr. Patz-Hohenstein-Ernstthal bringt das betr. Schreiben der Gesellschaft zur Verlesung, aus dem hervorgeht, daß ihm ein anderer Sinn, als der vom Vorredner befürchtete, zugrunde liegt.

Herr Gemeindevorstand Scheunemann-Gersdorf hält den von Herrn Bürgermeister Dr. Patz angeführten Mindestbetrag von 2 Millionen zu hoch, den seinen von 1 700 000 für angemessen. Im übrigen glaubt Redner, daß Herr Dr. Patz zu ängstlich sieht. Lugau könne ein kleines Opfer gebracht werden, eine Million würde es nicht erfordern.

Herr Bürgermeister Dr. Patz widerspricht dem. Bei einem Anlagekapital von 1 700 000 seien 300 000 Mk. als Erneuerungsfonds nicht zu hoch, so daß ganz gut mit 2 Millionen zu rechnen wären.

Herr Direktor Neufeld-Frankfurt betont, daß es nicht leicht gewesen sei, die Bahn durch fünf Kriegs- und ein Revolutionsjahr ohne Vernachlässigung durchzubringen. Auch in Zukunft werde die Gesellschaft die Bahn nicht vernachlässigen. Es sei auch kein Grund darin zu sehen, daß nach 20 Jahren die Bahn etwa heruntergewirtschaftet sei. Eine Verzinsung von 5 Prozent sei zu niedrig, dazu genüge, wenn man mit der Schere Kupons abschneide. Die Tarife seien bei Gemeindebahnen überall höher als bei Privatbahnen. Der Unwillen in der Bevölkerung sei verständlich, wenn der Betrieb großen Gewinn abwürfe. Aber die Erhöhung sei doch nur nötig, um den Betrieb auf seinem Stand zu erhalten. Wenn erwähnt worden sei, daß man durch Verweigerung des Tarifs einen leisen Druck auf die Gesellschaft in Frage der Ueberlassung ausüben könne, so müsse er sagen, daß dies nicht den geringsten Erfolg habe. Verschiedene Bahnen seien bereits stillgelegt, weitere würden folgen. Redner verbreitet sich dann ausführlich über die Einnahmen und Ausgaben der Ueberlandbahn, aus welchen Darlegungen hervorgeht, daß in den letzten Monaten die Ausgaben höher waren als die Einnahmen. Er frage, ob der Antrag auf Erhöhung des Tarifs nur genügend begründet sei. Hinzu komme, daß die Angestellten neue Lohnforderungen eingereicht hätten. Der Tarif vom 30. September 1919, der seitens des Bahnverbandes noch nicht genehmigt sei, sei bereits längst wieder überholt. Es könne doch unmöglich ein Unternehmen dadurch ruiniert werden. In den seitherigen Jahren habe durchschnittlich eine Verzinsung von 3½ Prozent vorgenommen werden können. Wenn es in der Weise fortginge, dann müsse in ganz kurzer Zeit der Betrieb stillgelegt werden. Nach der Verleihungsurkunde habe man einen Verkaufswert von 3 242 000 Mark ausgerechnet. Er sage nicht, daß dieser Betrag verlangt werde, aber von dieser Grundlage aus müsse man doch gehen. An der Gesellschaft liege es nicht, wenn die Angelegenheit verschleppt werde. Sie stände jederzeit zur Verfügung.

Herr Gemeindevorstand Scheunemann bezweifelt, ob die Auslegung des § 17 der Verleihungsurkunde in der von der Gesellschaft dargelegten Weise richtig ist. Bezüglich der Tariferhöhung vertrete er den Grundsatz, nicht eine Erhöhung des Tarifs, sondern eine baldige Uebernahme der Bahn in Gemeindeverwaltung anzustreben. Er bitte nochmals um Angabe des Kaufpreises, um klar entscheiden zu können, ob weitere Verhandlungen möglich sind oder ob das Angebot abgelehnt werden muß. Er bitte aber einen Preis zu nennen, der eine Grundlage zu weiteren Verhandlungen biete.

Herr Direktor Neufeld erklärt, die Frage nach dem Preis sei leichter gestellt als beantwortet. Er sei nicht in der Lage, eine bestimmte Antwort zu erteilen, bitte aber, die von der Gesellschaft aufgestellte Berechnung dem Baurat Sorger zur Nachprüfung zu übergeben. § 17 der Verleihungsurkunde lasse allerdings eine verschiedenartige Auslegung zu.

Herr Stadtrat Grießbach hält es für vorteilhaft, wenn erst die Gemeindevertreter unter sich die Angelegenheit besprechen, ehe die Verhandlungen fortgesetzt werden. Der Staat werde die Gesellschaft nicht so ohne weiteres im Stiche lassen. Der Tariferhöhung müsse zugestimmt werden, um bei den Angestellten unter Umständen nicht den Eindruck zu erwecken, als seien die Gemeindevertreter schuld an der Nichtbewilligung ihrer Forderungen.

Herr Gemeindeältester Hübner-Gersdorf betont, ihm sei die Bahn als die teuerste in ganz Sachsen bezeichnet worden. Redner fragt nach der Ursache.

Herr Direktor Neufeld hält die Vergemeindlichung nicht für eine so brennende Frage, wohl aber die Tariferhöhung. Jeder Tag bedeute heute Verlust. Der Preisunterschied zwischen der Ueberlandbahn und den großstädtischen Straßenbahnen sei darin begründet, daß bei den letzteren eine größere Ausnutzung der Fahrstrecken im inneren Verkehr stattfinde. Dadurch könne eine Verbilligung auf den weiten nach den Vororten führenden Strecken erfolgen. In Köln betrage z. B. der Mindesttarif 50 Pfg., auch für die kleinste Strecke. Der Tarif vom 30. September 1919 sah eine Mindesttaxe von 40 Pfg. vor. Heute sei aber auch mit diesem Tarif nicht mehr auszukommen, vielmehr müsse eine weitere Steigerung um etwa 10—20 Pfg. erfolgen. Der neue Tarif sehe einen Fahrpreis vor von Hohenstein-Ernstthal bis Rathaus Gersdorf 70 Pfg., bis Kesselschmiede 90 Pfg., bis Oelsnitz Rathaus 1,30 Mk. Im entsprechenden Maße müsse auch eine Erhöhung der Wochenkarten eintreten.

Herr Bürgermeister Dr. Patz stellt als Ergebnis der Verhandlungen fest, daß die Direktion ersucht werden soll, die Preisberechnung nach § 17 der Verleihungsurkunde dem Baurat Sorger zur Nachprüfung vorzulegen, das Ergebnis in den Gemeindevertretungen zum Vortrag zu bringen und sich schlüssig darüber zu werden, ob das Angebot angenommen werden soll oder nicht, und auf welcher Grundlage weiter verhandelt werden soll.

Bezüglich der Erhöhung des Tarifs erkannte die Versammlung nach den vorgetragenen Zahlen grundsätzlich die Notwendigkeit der Erhöhung an. Herr Köhl-Gersdorf vermag seine Zustimmung zu letzterem nicht zu geben, nachdem noch nicht einmal der Tarif vom 30. September genehmigt sei. Gleicher Ansicht ist Herr Gemeindevorstand Scheunemann. Er hält auch eine Nachprüfung der Notwendigkeit für angebracht. Er glaube sicher, die Gesellschaft wäre zufrieden, wenn sie heute den Tarif vom 30. September bewilligt bekäme. Herr Gemeindevorstand Kurth-Lugau stimmt im Namen der Vertreter Lugaus dem zweiten Tarif zu, desgleichen Herr Bürgermeister Dr. Patz. Letzterer glaubt, daß Gemeindevorstand Scheunemann deshalb so entschieden gegen die zweite Erhöhung sei, weil er befürchte, daß die Tariferhöhung bei einem Kauf mit in Anrechnung gebracht werden könne. Darauf erklärt Herr Direktor Neufeld, daß die Tariferhöhung keinesfalls rückwirkende Kraft auf den Verkaufspreis haben werde. Die Vertreter von Gersdorf erklären, nur dem Tarif vom 30. September zustimmen zu können. Die Vertreter von Lugau und Hohenstein-Ernstthal erklären sich mit dem neuen Tarif einverstanden, während Gemeindevorstand Kammerrat Beck als einziger anwesender Vertreter von Oelsnitz erklärt, noch keine bindende Zusage geben zu können. Herr Stadtrat Grießbach betont, daß man nicht so ohne weiteres habe zustimmen können, aber maßgebend seien die ungünstigen Abschlüsse und die neuen Lohnforderungen der Angestellten der Bahn gewesen. Sämtliche Erklärungen werden vorbehaltlich der Zustimmung seitens der nicht anwesenden Gemeindevertreter abgegeben.

Herr Bürgermeister Dr. Patz stellt dies Ergebnis fest und schließt gegen 7 Uhr abends mit der Hoffnung auf weitere Verständigung nach über vierstündiger Dauer die Sitzung.

Rundschau.

Schärfere Bestrafungen bei Rationsüberschreitungen.

Der Gesetzgebungsausschuß der Volkskammer beschäftigte sich am Donnerstag mit der Regierungsvorlage, nach der alle bis Ende des vergangenen Jahres von Verbrauchern begangenen Uebertretungen der Rationierungsbestimmungen straffrei ausgehen sollen, wenn gewinnsüchtige Absichten nicht vorlagen. Der Vertreter des Justizministers, Geheimrat Bessing, kündigte für die allernächste Zeit eine Verordnung an, daß nicht nur der Gastwirt, der schwarzgeschlachtetes Fleisch an seine Gäste abgebe, sondern auch der Gast mit Gefängnis bestraft werden soll.

Ausnahmezustand für ganz Italien.

Der Generalstreik der italienischen Eisenbahner hat die Gefahr einer revolutionären Bewegung in Italien nahegerückt. Die Regierung hat die ausführende Gewalt in den Großstädten Militärkommandanten übertragen. Die Bestimmungen, die mit der Verhängung des Belagerungszustandes verknüpft sind, sind in Kraft getreten. — In Rom, Mailand und Neapel sind die Regierungsgebäude, die Bahnhöfe, die Post- und sonstigen Verkehrsanstalten unter militärische Bewachung gestellt worden. Flugblätter fordern alle Arbeitergruppen und Angestellte zum Sympathiestreik auf.

Die streikenden Gastwirte.

Die badischen Gastwirte haben einstimmig beschlossen, am 15. Februar alle Hotels, Sanatorien, Gastwirtschaften und Kaffees zu schließen und am 1. Februar ihr Küchenpersonal auf den 15. zu kündigen. Aus Berlin wird gemeldet: Der von den Gastwirten angekündigte Generalstreik der Gastwirte und Hoteliers Deutschlands wird keinen Streikanschluß der Lebensmittelgeschäfte bringen. Bereits in Großberlin haben die Lebensmittelorganisationen der Lebensmittelhändler beschlossen, eine Unterstützung des Gastwirtestreiks abzulehnen.

Die englischen Interessen.

England hat dem Obersten Rat mitgeteilt, daß es nicht imstande sei, seinen Anteil an Truppen für die Abstimmungsgebiete Schlesien, Schleswig, Allenstein usw. zu stellen. Es wird berichtet, daß Italien den gleichen Schritt getan hat. Die Aufgabe, den Polizeidienst in den Abstimmungsgebieten zu versehen, wird auf Frankreich allein fallen. — Diese plötzliche Absage Englands hat seinen Grund in dem drohenden Vordringen der Bolschewisten im Orient.

Oertliches und Sächsisches.

* **Hohenstein-Ernstthal**, 23. Jan. Im besten Mannesalter starb in Leipzig der durch seine frühere Amtstätigkeit als Diakonus der Trinitatisgemeinde und vordem als Pfarrverweser in Erlbach bekannte Herr Pastor Schilbach. Während seiner hiesigen kurzen Amtierung (April bis September 1907) erfreute er sich als Kanzelredner großer Beliebtheit. Nach seiner Berufung als Pfarrer in Schöneck betätigte er sich als Generalsekretär des Evangelischen Bundes. Er starb an der Grippe, die er sich in Magdeburg zugezogen.

*— **Handelsregister-Eintragung.** Wie das Amtsgericht bekannt gibt, ist im Handelsregister für die Stadt, die offene Handelsgesellschaft in Firma F. W. Herrmann Nachfolger Theodor Bohne betreffend, eingetragen worden, daß der Gesellschafter Karl Theodor Bohne infolge Ablebens ausgeschieden und die Gesellschaft dadurch aufgelöst ist, sowie, daß der Mitgesellschafter Fabrikant Theodor Hugo Bohne die Handelsgesellschaft unter der bisherigen Firma und mit gleichen Niederlassungsort allein weiterführt.

* **Rödlitz**, 23. Jan. Hier wurde ein Lastauto mit 90 Zentnern Kohlen abgefaßt. Das Auto gehört einem Rittergutsbesitzer aus Wilsdruff bei Dresden und hat schon mehrere Mal Kartoffeln und Getreide nach Rödlitz gebracht und dafür Kohlen eingetauscht. Kartoffeln, Getreide und Kohlen wurden beschlagnahmt.

vsz. **Plauen**, 23 Jan. Infolge Kohlenmangels ist die vogtländische Maschinenfabrik, die rund 4000 Arbeiter beschäftigt, genötigt, ihren Betrieb vier Tage einzustellen.

vsz. **Schöneck i. V.**, 23. Jan. An die falsche Adresse geriet am Schaltervorraume des hiesigen Bahnhofes eine Bauersfrau aus Zwota. Sie machte sich an zwei augenscheinlich den besseren Ständen angehörende Herren heran und bot ihnen 6 Pfund Butter zum Kaufe an — das Pfund für 26 Mark! Die Herren — es war der Oelsnitzer Amtshauptmann mit einem zufällig im Vogtlande weilenden Oberrevisor aus Dresden! — interessierten sich lebhaft für das Angebot der Schleichhändlerin; sie ließen die Butter mit Beschlag belegen und den Namen der Frau feststellen. Es kommt hierbei auch noch ein Betrugsversuch in Frage, weil die mit 6 Pfd. angebotene Buttermenge nur 5 Pfd. wog.

vsz. **Klingenthal**, 23. Jan. Die Grippe tritt nun schon fast drei Wochen mit einer Bösartigkeit auf, wie sie sonst nirgends in der gleichen Stärke beobachtet wurde. Die Schulen mußten geschlossen werden; in den Zeitungen wird auch die vorübergehende Sperrung der Kinos, Tanzsäle usw angeregt.

Letzte Nachrichten.

Flensburg. Die erste Ausweisung durch die internationale Kommission ist gestern erfolgt. Der kommissarische Amtvorsteher Erichsen bekam vermutlich wegen seiner deutschen Gesinnung die Aufforderung, das Abstimmungsgebiet zu verlassen. Er ist gebürtiger Nordschleswiger, also abstimmungsberechtigt.

Zürich. Die holländische Regierung hat nach der „Chicago Tribune" auf vertrauliche Anfrage bei den Regierungen der Alliierten überall, mit Ausnahme Englands, die Antwort erhalten, daß sie auf die Auslieferung des Kaisers nicht ernstlich bestehen würden.

Kirchennachrichten.

St Trinitatis zu Hohenstein-Ernstthal.

Am 3. Sonntag nach Epiphanias, den 25 Januar, vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Herr Pastor Polster. Kollekte für den Magdalenenhilfsverein.

Jungfrauenverein: abends ½8 Uhr im Gemeindehaus.

Männer- und Jünglingsverein: Besuch des Brudervereins in Oberlungwitz. Abmarsch abends 7 Uhr vom Gemeindehaus. Alle kommen!

Frauenverein: Dienstag nachm. 4 Uhr Versammlung im Vereinszimmer des Gemeindehauses.

Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaussaale.

Wochenamt: Herr Pastor Polster.

Bernsdorf.

Am 3 Sonntag nach Epiphanias, den 25 Januar, vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst. Darnach Beichte und heil. Abendmahl. Kollekte für den Magdalenenhilfsverein zu Dresden.

Langenberg mit Meinsdorf.

Am 3. Sonntag nach Epiphanias, den 25 Januar, früh 9 Uhr Gottesdienst mit Predigt über Matth. 9, 35—38. Kollekte für den Magdalenenhilfsverein zu Dresden. Nachm. ½2 Uhr Kindergottesdienst.

Ueber 8 Tage Beichte und heil. Abendmahl.

Langenchursdorf mit Falken.

Am 3. Sonntag nach Epiphanias, den 25 Januar, vorm. ½9 Uhr Beichte, 9 Uhr Predigtgottesdienst mit Abendmahlsfeier. Nachm. ½3 Uhr Beichte, 3 Uhr Predigtgottesdienst mit Abendmahlsfeier in Falken.

Donnerstag, den 29 Januar, abends 8 Uhr landeskirchl. Gemeinschaft. Bruder Kretzschmar-Lichtenstein.

Erlbach-Kirchberg.

Am 3. Sonntag nach Epiphanias, den 25. Januar.

Erlbach: Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Kollekte für den Magdalenenhilfsverein zu Dresden.

Kirchberg: Nachm. ½2 Uhr Missionskindergottesdienst, zu dem auch Erwachsene herzlich willkommen sind. Gelegenheit zur Benutzung der kleinen Missionsglocke auf 1920 für 25 Pfennig.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dagobert Culp, für Oertliches u. Anzeigen: Bruno Preiß. Verlag und Druck: Gustav Hohenstein, Hohenstein-Ernstthal.

Achtung!

Gasthof „Stadt Chemnitz“ Hohenstein-Ernstthal.

Sonnabend, Sonntag und Montag: **Großes Bockbierfest.**

Sonnabend großes Künstlerkonzert mit anschließendem BALL.

Sonntag starkbesetzte Ballmusik.

Streich- und Blasorchester.

Von 8—9 Uhr: Polonäse. — Rettich gratis.

Spezialität: Bockbraten und Bockwurst mit Kraut.

— — Küche und Keller in altbewährter Güte. — —

Es laden ergebenst ein Max Pertuch und Frau.

Albertschlößchen

Zeißigstraße. — Hohenstein-Ernstthal. — Ecke Bismarckstraße.

Heute Sonnabend abends 7½, morgen Sonntag ab 4 Uhr:

Grosse Varieté-Vorstellung.

Auftreten der beliebtesten Chemnitzer Komiker, Duettisten und Soubretten.

Gleichzeitig halten wir Sonntag **Kaffeekränzchen.** 194l

Um gütige Unterstützung bitten A. Waldapfel und Frau.

Sängerhalle Oberlungwitz.

Morgen Sonnabend und Sonntag sowie folgende Tage zum

Bockbier

empfehle **Bratwurst mit Sauerkraut.**

Sonnabend komische Unterhaltung.

Wir laden hiermit alle Gäste und Nachbarn freundlichst ein

194o Arthur Schätzle und Frau.

Forsthaus Oberlungwitz.

Nächsten Sonntag **zum Bockbier** Bratwurst mit Sauerkraut,

sowie Montag **großes Kaffeekränzchen.**

Für humoristische Unterhaltung ist gesorgt. 193x

Hierzu ladet freundlichst ein Hermann Eichler.

Deutsche Eiche — **Lichtbild-Theater Lugau** — Deutsche Eiche

Sonnabend und Sonntag, den 24. und 25. Januar:

Haus Nummer 37. Gewaltiges soziales Sitten-Drama in 4 Akten und 1 Epilog nach dem preisgekrönten Roman von Karl Adolph, für den Film bearbeitet und inszeniert von Carl Wilhelm. Dieses Bild nur für Erwachsene. Dazu noch das Detektiv-Schauspiel für Kinder **Die Heldentaten des Gaston Blake.** Detektivschauspiel in 3 Akten. **Teddys Versicherungs-Police.** Lustspiel in 2 Akten.

Anfang Sonnabend ½6 Uhr, Sonntag ½4 Uhr, bis 6 Uhr für Kinder.

Voranzeige. Mittwoch, den 28. Januar:

Der Mann ohne Gewissen, Schauspiel in 4 Akten.

Der grüne Skarabäus. Filmspiel in 4 Akten.

Filzschnallenschuhe,

Größe 36 bis 42, mit Filz- und Ledersohle, größeren Posten abzugeben. Probesendung mindestens 1 Paar zum Preise von Mk 30.50 à Paar unter Nachnahme.

493i Fr. Wyrsch, Plossig (Kreis Torgau).

Kaufe stets zu höchsten Tagespreisen:

Alteisen, Metall, wollene und baumwollene

Abfälle,

Lumpen, Knochen, Papier.

Albin Großer, Bahnstraße 52. — Fernruf 316. Hohenstein-Ernstthal,

---

Geübte

Cottonarbeiter

gesucht. **Hoefflelbarth & Doehler,**

161,17 Wüstenbrand.

Eine Aushilfe

für Sonnabend und Sonntag ab 1. Februar wird für ständig gesucht nach Oberlungwitz 220.

193s Fritz Portack, Friseur.

Hausmädchen,

mit Vorkenntnis im Kochen u. Nähen, wird infolge Verheiratung des bisherigen per 15. Februar in angenehme Stellung gesucht 493o

Ella Krasselt, i. Fa. F. Seele, Buttergroßhandlung, Glauchau, Schloßstraße 24.

Dienstmädchen

für kinderlosen Haushalt zum 1. Februar gesucht von 493g

Regierungsrat Bornemann, Chemnitz, Kaiserplatz 2, 2

Freundliches, hübsches **Mädchen,**

zu leichter Hausarbeit und zum Bedienen der Gäste sofort gesucht.

Schumann, Burgstädt,

194e] Bahnhofstraße 15.

Zuverlässiges, ehrliches

Dienstmädchen

in gute Stellung für sofort gesucht. 194d

„Sängerhalle“ Oberlungwitz.

Neu eingetroffen:

Ballstoffe

in allen Farben.

Großer Posten [691a

Hosenstoffe,

sowie

Herrenstoffe,

Köperbarchent

in weiß und bunt und empfiehlt billigst

Thekla Hirsch,

Hoh.-Er., Altmarkt 4.

Kein Laden. Kein Laden.

B'woll. Garne

roh und gebleicht,

Steppgarne,

weiß und schwarz,

Kunstseide,

im Strang und in Rollen kauft als Selbstverbraucher 493b

Curt Uhlmann, Oelsnitz i. V., Egerstraße 3. — Ruf 308.

Ia Rasier-Seife,

antiseptisch, gut schäumend, Faltschachtel-Packung, Groß 237 M. Garantie Zurücknahme. 193n

Oebser, Grüna b. Chtz., Dorfstr 46.

Zinkabfälle, 491k

Ballons, Fässer

kaufen und erbitten Angebote

Dr. Friedrich & Co.,

Glösa bei Chemnitz.

Tafelklavier, gut im Ton, verkauft billig Otto Heft, Zwickau, Reichenbacher Str 97, p.

Jedem deutschen Kind täglich ein Bad.

Kinderwannen,

Sitzwannen

empfiehlt zur Gesundheitspflege

Bernhard Hähner,

B. T.

Chemnitz, Bernsdorfer Str. 5.

Vertreter an allen Plätzen gesucht.

Kaufe Stalldünger.

Weber, Wüstenbrand 89.

483i Fernruf 114.

Tüchtige

Wirtschafterin

oder älteres Mädchen, im Kochen u. Nähen bewandert, bei hohem Lohn per 1. Febr. ges.

Arthur Rupf, Oberfrohna, Limbacher Straße 40. 493f

493d Ordnungsliebendes

Dienstmädchen

bei hohem Lohn, guter Kost und Behandlung für sofort, eventl. 1. März 1920 gesucht.

Frau Klara Kinder, Limbach i. Sa., Feldstraße 36.

Ein fleißiges, ehrliches

Mädchen,

welch. schon gedient hat, gesucht.

Fleischerei, 493h

Chemnitz, Zschopauer Str. 120.

Auf mechanisch geübte

Weber,

Weberinnen

stellt ein

Robert Pfefferkorn,

Hohenstein-Ernstthal.

Kaufm. Lehrling,

Sohn achtbarer Eltern, stellt Ostern 1920 ein

Eduard Beckert, Hohenst.-Er., Lungwitzer Straße 21.

F. F. II. Komp.

Sonnabend abend Punkt 8 Uhr stellt die Kompanie in dunkler Uniform und Mütze zur Uebung. Nachdem Versammlung. Das Kommando.

Rauchklub Gemütlichkeit,

Hohenstein-Ernstthal.

Sonnabend 8 Uhr

Hauptversammlung.

Der Vorsteher.

194f E. B.

Oberlungwitz

Militärverein I.

Sonntag, den 25. Januar,

Hauptversammlung.

Anfang 6 Uhr.

Der Vorstand.

Kaufe gespielte Geigen, Zithern, Gitarren, Mandol, hohe und 76tönige Harmonikas, Trommeln, Musikwerke, Schallplatten usw. 493k

Paul Eibisch, Hoh.-Er., Schulstr.

Strickmaschinen,

sowie Garne jeder Art zu kaufen gesucht. 193v

Ernst Gruner, Oberlungwitz 307.

76tönige Harmonika,

As-dur, zu verkaufen 193u

Oberlungwitz 290.

Ein guterhaltener schwarzer

Gehrock-Anzug

f. m. Fig., und Kinderkutsche zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter 193 t an die Geschäftsstelle dss. Bl.

„Patentex“

geg. Empfängnis, Ansteckungen usw. Prospekt gratis Schreiben Sie sofort, ehe zu spät. 192w

Walter Fischer, Windischleuba 18.

Bettnässen 174a

auch nervöse Blasenschwäche rc. wird beseitigt durch bewährtes

kombiniertes Verfahren

bei beiden Geschlechtern.

Verlangen Sie kostenlos Prospekt u. geben Sie Alter u. Geschlecht an Dr. med. Eisenbach München, Schwanthalerstr. 43/A. 17.

Düngekalk ab Lager verkauft 489r

Weber, Wüstenbrand 89. Fernruf 114.

Wanderverein „Einigkeit“,

Hohenstein-Ernstthal.

Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr

geselliges Beisammensein mit Tanz

im Saale des Gewerbehauses.

Gäste und Eltern der Mitglieder sind hierzu eingeladen.

194g Der Vorstand.

Oberlungwitz.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Sonntag, den 25. Januar, abends 6 Uhr findet in Engels Restaurant unsere

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Zahlreiches Erscheinen erwartet 493e

der Vorstand.

Biograph

Licht-Spiele.

Mitglied des Reichsverbandes deutscher Lichtspiel-Theaterbesitzer.

Sonnabend 5 Uhr. Spiel-Plan! Sonntag 3 Uhr.

Mady Christians.

Die Sühne der Martha Marx.

Ein Roman aus dem Leben in 5 Akten von H. Fredall.

Hauptrolle: Mady Christians.

Künstlerische Leitung: H. Fredall.

Hervorragende Ausstattung! Spannende Handlung!

Heidemann-Film! 193t

Der Kammerdiener seiner Frau.

Lustspiel in 3 Akten von Werner Bernhardi.

Toller Humor zum Wälzen.

Hauptrolle: Paul Heidemann.

Kinder haben nur zur 1. Vorstellung Zutritt.

Voranzeige: Detektiv Joe Deebs kommt!

Deutliches Sehen

in jeder Blickrichtung gewähren dem Brillenträger

Punktal-Gläser (Menisken).

Näheres erfahren Sie bei

Emil Stoll, Uhrmachermeister und Optiker,

Hohenstein-Ernstthal, Waisenhausstrasse.

DANK.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme, die uns in so überaus reichem Maße beim Heimgange unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter, der

Frau **Pauline Wilhelmine** verw. **Bochmann**

geb. Riedel

entgegengebracht wurden, für die tröstenden Worte, den reichen Blumenschmuck, für die ehrenvolle Begleitung des Gemeinderates, der Verwandten und Freunde sprechen wir hierdurch unseren **tiefgefühltesten Dank** aus

Langenberg, am Begräbnistage, den 21. Januar 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

194y Gemeindevorstand **Görner** und Familie.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme beim Heimgange unseres teueren Entschlafenen sagen wir allen unseren

herzlichsten Dank.

Familie Moritz Siegert.

Oberlungwitz, 28. Januar 1920.

194a